



### Presseschau vom 23.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

de.sputniknews.com: „Putin schätzt keine Schwäche“: Von der Leyen für härteren Ton gegenüber Russland

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ für einen härteren Kurs gegenüber Moskau ausgesprochen.

„Präsident Putin schätzt keine Schwäche. Anbiedern oder Nachgiebigkeit macht ihn nicht freundlicher“, sagte sie.

Das Kernproblem besteht ihr zufolge darin, dass der Kreml Feindbilder brauche, die freien Gesellschaften des Westens nicht.

„Deshalb ist es wichtig, dass wir aus einer Position der Geschlossenheit und Stärke bereit bleiben zum Dialog mit Moskau.“

Wie Von der Leyen weiter ausführte, verhinderten auch die „Annexion der Krim“, Moskaus Position zur Lösung des Donbass-Konflikts und die Situation in Syrien eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland.

„Wir müssen bei den Sanktionen bezüglich der Ostukraine darauf pochen, dass Russland seine Zusagen von Minsk einhält, bevor es Lockerungen gibt“, forderte die Ministerin.

*Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess:*

*Es wurde Beschluss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:*

18:50-19:20 Uhr – aus Richtung Wodjanoje auf **Dsershinskoje**, es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 8 Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert;  
18:55-19:25 Uhr – aus Richtung Kamenka auf **Wasiljewka**, es wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt;  
19:35-20:50 Uhr – aus Richtung Nowgorodskoje auf **Oserjanowka**, es wurden 27 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, 18 des Kalibers 82mm und 10 Granaten aus Antipanzergranatwerfern abgefeuert, es wurden 50 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem wurden Schusswaffen verwendet;  
20:30-21:00 Uhr – aus Richtung Troizkoje auf **Schirokaja Balka**, es wurden 3 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 5 Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;  
20:40-21:10 Uhr – aus Richtung Marjinka auf **Donezk (Trudowskije)**, es wurden 3 Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen, es wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt.  
21:10-21:40 Uhr – aus Richtung Nowgorodskoje auf **Oserjanowka**, es wurden 4 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert;  
21:10-21:40 Uhr – aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo**, es wurden 58 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt;  
21:35-22:05 Uhr – aus Richtung Peski auf **Losowoje**, es wurden 6 Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen.

de.sputniknews.com: In nur drei Jahren: So viel Geld gab Washington für Kiews Sicherheit aus:

Die USA haben der Ukraine allein seit 2014 zirka eine Milliarde US-Dollar (etwa 813 Millionen Euro) für die Stärkung der Sicherheit zur Verfügung gestellt. Das gab die US-Botschafterin in Kiew, Marie Yovanovitch, am Sonntag gegenüber dem ukrainischen TV-Sender „112 Ukraina“ bekannt.

Ihr zufolge schließt diese Hilfe unter anderem „wichtige Ausrüstungen“, darunter auch Radaranlagen und Nachtsichtgeräte, die das „Leben der Ukrainer retten“, mit ein. Als wichtigste Investition soll sie aber Übungen genannt haben, die „nicht nur die Amerikaner, sondern auch andere Nato-Verbündete durchführen“.

Zugleich konnte die Botschafterin aber nicht die Frage beantworten, wann die USA Waffen an Kiew liefern würden.

Im März hatte US-Präsident Trump das vom Kongress verabschiedete Haushaltsgesetz für das Finanzjahr 2018 unterzeichnet. Das Dokument sieht unter anderem die Bereitstellung von 620,7 Millionen US-Dollar für die Ukraine vor, einschließlich 200 Millionen US-Dollar als Militärhilfe.

Zuvor hatte die US-Regierung Waffenlieferungen an Kiew und unter anderem die Lieferung von Panzerabwehr-Raketenkomplexen Javelin genehmigt. Russland tritt gegen derartige Handlungen auf, wobei es betont, dass sie nur eine Zuspitzung des Konflikts im Donbass provozieren würden.

### **Vormittags:**

de.sputniknews.com: USA verweigern Wiederaufbau von syrischen Gebieten unter Assad. Die USA wollen die von dem syrischen Präsidenten Baschar Assad kontrollierten Gebiete nicht wiederaufbauen. Dies hat ein hochrangiger amerikanischer Beamter nach dem ersten

Tag des G7-Außenministertreffens erklärt.

„Wenn wir weitere Handlungen in Betracht ziehen und prüfen, wollen wir nicht, dass eine Finanzierung in jene Gebiete fließt, die unter der Kontrolle von Baschar Assad sind“, sagte ein hochrangiger amerikanischer Beamter, dessen Worte der Pressedienst des US-Außenministeriums verbreitete.

Zuvor hatte der Vorsitzende der Gruppe des russischen Unterhauses für Beziehungen mit dem syrischen Parlament, Dmitri Sablin, die Worte Assads wiedergegeben, wonach Syrien für den Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes zwischen zehn und 15 Jahre sowie 400 Milliarden US-Dollar benötigen würde.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk, Kalinowo, Logwinowo, Prischib und Stepnoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: UN-Generalsekretär gab Beginn eines neuen Kalten Krieges bekannt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres hat strukturelle Probleme im UN-Sicherheitsrat eingeräumt und von einer Rückkehr des Kalten Krieges gesprochen. Dies teilte er in einem Interview mit dem TV-Sender SVT mit.

„Es ist klar, dass der Kalte Krieg zurückgekehrt ist“, konstatierte Guterres. Dabei bemerkte der UN-Generalsekretär, dass sich die gegenwärtige Situation bedeutend von jener unterscheidet, die zu Zeiten der Sowjetunion vorgeherrscht habe.

„Jetzt kontrollieren die USA und Russland nicht alle, wie das früher war. Viele Länder sind sehr aktiv in der (vorderasiatischen – Anm. d. Red.) Region, wie die Türkei, der Iran, Saudi-Arabien und andere. Es gibt keine zwei homogen kontrollierten Blöcke“, sagte er.

Guterres räumte zudem Probleme im Weltsicherheitsrat ein. Er merkte an, dass das Organ nicht mehr die Kräftebalance in der Welt widerspiegeln und auch den gegenwärtigen Realien nicht mehr entsprechen. Guterres zufolge missbrauchen einige Länder das Veto-Recht. Der Generalsekretär betonte, dass eine komplette Reform ohne Änderungen im Sicherheitsrat nicht möglich sei. Des Weiteren gestand der Generalsekretär, dass die Uno nicht in der Lage sei, den syrischen Konflikt zu lösen.

Die USA bestehen auf eine Reform der Uno. Der Meinung der Vertreter des Weißen Hauses zufolge steigen die Ausgaben der Organisation stetig, während zur gleichen Zeit ihre Effektivität sinkt. Früher hatte sich der russische Präsident, Wladimir Putin, ebenfalls für die Notwendigkeit einer Reform der Uno ausgesprochen. Diese solle jedoch nur erfolgen, wenn sie die Mehrheit der Mitglieder des internationalen Zusammenschlusses unterstützen würde, so der russische Staatschef.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 22. April 3:00 Uhr bis 23. April 3:00 Uhr:

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 32.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka, Oserjanowka, Michajlowka,**

**Dolomitnoje), Sajzewo, Werchnetorezkoje Nishneje, Krutaja Balka, Wasiljewka, Jasinowataja, Jakowlewka, Mineralnoje, Spartak, Donezk (Trudowskije, Losowoje), Dokutschajewsk, Kominternowo, Derschinskoje.**

Gestern starb in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte A.N. Maskalez, geb. 1955, in Sajzewo, außerdem wurde W.G.Prokopenko, geb. 1965, in Dokutschajewsk.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 956. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 959.

Wir erinnern, seit 00:01 Uhr (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 ist gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: USA und Südkorea beginnen gemeinsames Militärmanöver

Am Montag haben die USA und Südkorea mit ihrem jährlichen Manöver „Key Resolve“ begonnen, das zwei Wochen dauern soll. Dies meldete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf Militärquellen.

Dieses Jahr sollen bis zu 12.200 US-Soldaten aus Militärstützpunkten in Südkorea und im Ausland an der gemeinsamen Militärübung teilnehmen – eine gewöhnliche Anzahl für Key Resolve.

Aufgrund des anstehenden Gipfels der zwei koreanischen Staaten sowie der Möglichkeit eines Treffens zwischen dem USA-Präsidenten Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef, Kim Jong-un, soll das gegenwärtige Manöver in einem „gemäßigten Modus“ durchgeführt werden, berichtet Yonhap.

Pjongjang dürfte wegen der Militärübung beunruhigt sein. Denn laut Medienangaben könnte es solche gemeinsamen US-südkoreanischen Manöver als Probe für einen Krieg gegen Nordkorea betrachten.

Früher war Key Resolve üblicherweise im März als Teil des Militärmanövers „Foal Eagle“ durchgeführt worden. Dieses Jahr wurde es wegen der Winterspiele in Pyeongchang verschoben. „Foal Eagle“ wurde jedoch am 1. April unter Beteiligung von 13.500 US-Militärs begonnen.

Dnr-online.ru: Mitteilungen des staatlichen Konzerns Donbassgas über die Folgen von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte:

Am letzten Wochenende wurden in Folge von Kampfhandlungen von Seiten der Ukraine Schäden an 5 Abschnitten von Gasleitungen festgestellt:

Am 21. April:

- in Dokutschajewsk, im Gebiet des Zentrallagers des Dokutschajewsker Gesteinskombinats;
- in Oktjabrj, Nowoasowskij-Bezirk, in der Tschapajew- und der Schtschorse-Straße;
- in Petrowskij-Bezirk von Donezk, in der Tschechow-Straße 15 (Trudowskije, Schaden durch eine Kugel);

22. April:

- im Petrowskij-Bezirk von Donezk, Lilina-Straße (mit Gasbrand).

Störungsbrigaden des staatlichen Konzerns haben die Schäden ohne Abschaltung der Gasversorgung lokalisiert.

Am 23. April haben Reparaturbrigaden aus Dokutschajewsk, Nowoasowsk und Donezk mit der Beseitigung der Folgen der Kampfhandlungen begonnen.

de.sputniknews.com: So wird sich Polen gegen angebliche russische Angriffe verteidigen –

## Medien

Die US-amerikanische Zeitschrift „The National Interest“ hat einen möglichen Krieg Polens gegen Russland einer Analyse unterzogen. Laut der Zeitschrift wird sich Polen gegen Raketen- und Luftangriffe mithilfe von sowjetischen Waffen verteidigen.

Wie die US-Zeitschrift bemerkte, werde der Luftraum über Polen von sowjetischen Waffensystemen sowie von einigen nationalen Systemen geschützt.

Dabei würden in Polen bis heute die Mitte der 1940er-Jahre entwickelten sowjetischen Flugabwehrkanonen S-60 in Dienst stehen. Polen setze auch die sowjetische Flugabwehrkanone SU-23-2 ein, die schon 1960 in der Sowjetunion in Betrieb genommen worden sei. Ungeachtet dessen habe Polen diese Kanone mit einem Elektroantrieb sowie mit einem Feuerleitsystem ausgestattet.

Die Zeitschrift erinnerte daran, dass die polnische Luftabwehr in der nächsten Zukunft das US-Flugabwehrraketen-System Patriot bekommen würde. Nach Ansicht der Experten könne das zu einigen Integrationsproblemen im Luftverteidigungssystem führen.

Anfang Juli 2017 hatten das polnische Verteidigungsministerium und das Pentagon das Abkommen über die Übergabe der polnischen Seite der Flugabwehrkomplexe Patriot unterschrieben. Laut dem Abkommen wird Polen bis 2022 die Flugabwehrkomplexe erhalten. Geplant ist, dass die USA ihrem Verbündeten zwei Patriot-Batterien mit PAC-3 MSE Raketen sowie Elementen des Führungs- und Kontrollsystems IBCS (Integrated Air and Missile Battle Command System) liefern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32043/70/320437019.jpg>

de.sputniknews.com: Südkorea stoppt Propaganda-Beschallung gegen Norden

Kurz vor dem Treffen der zwei koreanischen Staaten hat Südkorea die Propaganda-Beschallung an der Grenze zu Nordkorea gestoppt, wie das Verteidigungsministerium in Seoul am Montag mitteilte.

Der Süden führt seit 2015 einen „psychologischen Krieg“ gegen den Norden. Die Lautsprecher übertragen drei Mal pro Tag Sendungen, in denen das nordkoreanische Regime kritisiert wird. Mit dem Schritt will der Süden nun „militärische Spannungen abbauen und eine friedliche Atmosphäre für die Gespräche am 27. April schaffen“.

„Wir hoffen, dass diese Maßnahme gegenseitigen Angriffen und Propaganda ein Ende setzen wird“, zitiert die Nachrichtenagentur Yonhap aus der Mitteilung.

Die südkoreanische Propaganda, die in einer Entfernung von 24 Kilometern von der

demilitarisierten Zone zu hören war, setzte auf vier Themen: Vorteile eines demokratischen Systems, Entwicklungsneuheiten in Südkorea, Agitation für die Wiederherstellung der nationalen Gemeinschaft und der Alltag der nordkoreanischen Gesellschaft aus der Sicht des Südens. Die Beschallung wurde hauptsächlich auf die Militärs gerichtet und klang drei Mal pro Tag zwei Stunden lang aus insgesamt elf Punkten. Pjöngjang drohte mehrmals mit der Vernichtung der Lautsprecher

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Vormittag:

Nach 03:00 Uhr wurde Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

4:05-4:45 Uhr – aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja**: es wurden 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert und 15 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben;

5:35-5:55 Uhr – aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo**: es wurden 13 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert;

6:10-6:40 Uhr – aus Richtung Schirokino auf **Leninskoje**: es wurden 15 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert;

6:15-6:45 Uhr – aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo**: es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert und 8 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben;

6:35-7:05 Uhr – aus Richtung Schirokino auf **Kominternowo**: es wurden 8 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert;

8:40-9:20 Uhr – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 4 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 8 des Kalibers 82mm abgefeuert;

10:00 Uhr – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 4 des Kalibers 82mm abgefeuert, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt.

10:00-10:40 Uhr – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 4 des Kalibers 82mm abgefeuert, es wurden 11 Schüsse mit Antipanzergranatwerfern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt;

10:35-11:10 Uhr – aus Richtung Krasnogorowka auf **Staromichajlowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Lawrow nennt Kernpriorität der russischen Außenpolitik

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi die Kernpriorität der russischen Außenpolitik erläutert.

„Eine umfassende Partnerschaft und ein strategisches Zusammenwirken mit China ist die Schlüsselpriorität der russischen Außenpolitik“, erklärte Lawrow

Dem Außenminister zufolge ist die bilaterale Partnerschaft auf ein beispielloses neues Niveau angehoben worden und gilt als wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und Stärkung der internationalen Positionen Russlands und Chinas.

Neben der Zusammenarbeit auf der Ebene der Regierungschefs lege Moskau großen Wert auf die Kooperation zwischen Ministerien, Behörden und Parlamenten, betonte Lawrow.

Russland rechne in diesem Jahr damit, die hochintensiven Kontakte aufrecht zu erhalten, sagte der Außenminister und stellte fest, dass die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder einen positiven Trend verzeichnen.

„China steht auf der Liste der russischen Handelspartner fest an erster Stelle. Wir haben ein gemeinsames Verständnis dafür, dass es notwendig ist, die Qualitätsstandards der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verbessern“, so Lawrow.

Darüber hinaus unterstrich er, Moskau und Peking unterstützten den Gesamtkurs auf die

strikte Einhaltung des Völkerrechts. Dieses spiele eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der Stabilität und Sicherheit in der Welt, hieß es

ukrinform.ua: Ukraine und Großbritannien erweitern Zusammenarbeit.

Die Ukraine habe mit Großbritannien den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen vereinbart, erklärte der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin nach dem Treffen mit dem britischen Außenminister Boris Johnson.

„Wir haben es geschafft, die Erweiterung unserer Zusammenarbeit in der strategischen Kommunikation und zu anderen Themen durchzusprechen“, sagte Klimkin.

Er fügte hinzu, er habe auch die Möglichkeit der Beschäftigung der aus Russland ausgewiesenen britischen Diplomaten in der Ukraine erörtert. „Ich habe mit Boris über dieses Thema gesprochen, aber die Details, wie man das am besten machen kann, müssen wir noch besprechen“, sagte der Chef des Außenministeriums der Ukraine.

Für die Idee, 23 britische Diplomaten, die Russland aus dem Land ausgewiesen hat, in der Ukraine beschäftigen zu lassen, hatte sich Pawlo Klimkin im letzten Monat ausgesprochen.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_04/1524448125-4763.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_04/1524448125-4763.jpg)

de.sputniknews.com: Russische Militärs überprüfen britisches Territorium – Verteidigungsamt Russlands

Russische Inspektoren werden von 23. bis 26. April ein Gebiet in Großbritannien auf militärische Aktivitäten prüfen. Dies teilte der Leiter des russischen Zentrums für Verminderung der Nuklear-Gefahr, Sergej Ryschkow, mit.

Nach Angaben von Sputnik erfolgt die Inspektion im Rahmen der Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

„Die Inspektion erfolgt, um die Maßstäbe der militärischen Aktivitäten innerhalb eines bestimmten Gebiets festzustellen beziehungsweise um zu bestätigen, dass es dort keine militärischen Aktivitäten gibt“, sagte Ryschkow.

Laut Ryschkow beträgt die Fläche des zur Beobachtung stehenden Gebiets rund 16.000 Quadratkilometer. Dabei wurde nicht präzisiert, welches Gebiet beobachtet werden wird.

Dem russischen Militärbeamten zufolge werden die Inspektoren auch über die von Großbritannien geplanten gemeinsamen Militärmanöver „Joint Warrior 18/1“ (dt. „Vereinte Krieger“), die von 21. April bis 4. Mai stattfinden sollen, informiert werden.

Im März war berichtet worden, dass russische Spezialisten eine Inspektion auf dem

französischen Territorium durchgeführt hatten

### nachmittags:

Dan-news.info: „Die Nacht verlief um das Territorium der Donezker Filterstation ruhig, Beschuss wurde nicht festgestellt“, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

Auch jetzt ist es noch ruhig. Die DFS funktioniert normal. „Vertreter der OSZE-Mission begleiten die Arbeiter der Filterstation“, teilte das Ministerium weiter mit.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Politiker formuliert neue Forderung des Westens an Kiew  
Der Westen stellt in Andeutungen eine neue Forderung an Kiew. Es geht dabei um einen Machtwechsel in der Ukraine. Diese Meinung äußerte der ukrainische Parlamentsabgeordnete Wadim Rabinowitsch gegenüber dem Sender „112 Ukraine“.

„Ich glaube, alle haben die vom Westen ausgehenden Signale verstanden, die Folgendes für unsere Macht bedeuten: Zum Beispiel sind alle Hauptanhänger der Volksfront (politische Partei in der Ukraine – Anm. d. Red.) nach Washington gefahren und wurden dort herrlich empfangen. Es waren da keine Leute des Präsidenten“, erklärte Rabinowitsch live in der Sendung.

Dem ukrainischen Politiker zufolge besagen „alle Angelegenheiten, alle diesen kleinen Signale, die aus dem Westen hereinkommen“ nur das Eine – dass die westlichen Staaten „einen Machtwechsel in der Ukraine fordern“.

Um an der Macht zu bleiben, müsse der gegenwärtige Präsident Pjotr Poroschenko am Wahlkampf teilnehmen, könne das aber nicht tun, weil „der Westen es nicht zulässt“, glaubt Rabinowitsch, Mitglied der Partei „Oppositionsblock“.

Zum Thema einer eventuellen vorgezogenen Wahl räumte Rabinowitsch ein, dass Wahlen in jedem Fall nötig seien, abgesehen davon, ob sie „jetzt oder später“ stattfinden.

Die ukrainische Präsidentenwahl soll am 31. März 2019 stattfinden.

Dnr-online.ru: Der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Witalij Kishajew berichtete über die Ergebnisse des zweiten republikweiten Subbotniks am 21. April. „Am Subbotnik nahmen etwa 78.000 Menschen teil. Fast 13 Mio. Quadratmeter Straßen, Bürgersteige und Gelände um Häuser wurden von Müll gereinigt und außerdem etwa 1500 Quadratmeter Parks und Plätze. Es wurden zweimal so viele Pflanzen gesetzt wie geplant, etwa 18.000 Bäume, Sträucher und Blumen; es wurden mehr als 15.000 Quadratmeter Rasen ausgesät. 250 Grabmale, Denkmäler und Friedhöfe wurden in Ordnung gebracht. 102 Kinderspielplätze, 23 Sportplätze und 56 Haltestellen wurden repariert. Mehr als 22 Kilometer Ufer, Strände und Wasserobjekte wurden gereinigt“, teilte er mit.

Witalij Kishajew dankte allen Teilnehmern des Subbotniks.

„Unsere Hoffnungen haben sich erfüllt, mit gemeinsamen Anstrengungen wurden die geplanten Ziele in praktisch allen Bereichen übererfüllt. Wir sind allen Bürgern, die an dem Subbotnik beteiligt waren, für ihr Bewusstsein, ihre Verantwortung und ihre fruchtbare Arbeit dankbar“, sagte er.

de.sputniknews.com: Kim Jong-un gewährt US-Inspektoren Zutritt zu Nuklearanlage  
Nordkorea ist bereit, US-Inspektoren den Zutritt zu einer Nuklearanlage zu gewähren, erklärte der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un. Dies berichtet „Bloomberg“.

Diese Entscheidung soll Kim Jong-un nach einem Treffen mit dem CIA-Direktor Michael Pompeo getroffen haben.

„Nordkorea hat keinen Grund, die Nuklearanlage nicht stillzulegen, wenn die Sicherheit Nordkoreas gewährleistet ist“, so die Agentur. Die USA erwägen demnach verschiedene Optionen zur Überprüfung nordkoreanischer Nuklearanlagen und erwarten eine offizielle Genehmigung Pjõngjangs.

Wie zuvor berichtet wurde, hatte der nordkoreanische Staatschef angekündigt, ab dem 21. April Nuklear- und Raketentests auszusetzen. Außerdem soll der Betrieb des im Norden des Landes gelegenen Nuklear-Testgeländes eingestellt werden.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters hat Pjõngjang sogar die Bereitschaft zu Gesprächen über die Denuklearisierung der Halbinsel erklärt. Washington und Pjõngjang führen nun geheime Gespräche, um ein Treffen zwischen Kim Jong-un und Donald Trump zu organisieren. Bei den Verhandlungen soll der bisherige CIA-Direktor und designierte US-Außenminister Mike Pompeo vermitteln.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte in **Richtung Donezk** die Gebiete von **sieben Ortschaften beschossen**. Der Feind hat 38 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgefeuert sowie mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Während des Beschusses hat der Feind Mörser der Kaliber 120 und 82mm verwendet und 52 Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem hat er Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In **Richtung Mariupol** hat der Feind die Gebiete von **Kominternowo** und **Dershinskoje** beschossen und 28 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Von unserer Aufklärung wurden von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen in der Nähe der Kontaktlinie entdeckt.

So haben wir im Gebiet von Berditschi zehn getarnte 152mm-Artilleriegeschütze 2S3 „Akazija“ und zehn Panzer entdeckt.

Die Technik ist in der Nähe einer Wasserfläche in ausgehobenen Unterständen getarnt.

Nach unseren Informationen ist die Technik am 19. April in diesem Gebiet eingetroffen. Wir schließen nicht aus, dass diese Technik in der nächsten Zeit von den ukrainischen Besatzern zur Durchführung von Beschießungen von Spartak und Jasinowataja verwendet werden wird.

Dies wird durch die Ankunft einer Gruppe von **Militärspezialisten** in Uniform und mit Abzeichen **verschiedener NATO-Staaten** am 22. April in Awdejewka bestätigt. Sie haben auf ihrer Uniform Abzeichen von Artillerieeinheiten von NATO-Armeen.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf, Prinzipienfestigkeit bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in diesem Krieg zu zeigen und die Verletzung der zuvor erreichten Vereinbarungen zum Abzug von Waffen durch die Ukraine sowie die Vorbereitung des Beschusses friedlicher Ortschaften unserer Republik mit Artillerie festzuhalten.

Außerdem werden nach unseren Informationen derzeit im Verlauf der Vorbereitung zum Übergang von der sogenannten „ATO“ zur Operation der Besatzungskräfte Maßnahmen eingeleitet, die auf den zwangsweisen Abzug einzelner Einheiten der nationalistischen Bataillone des „Rechten Sektors“ und der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ abzielen, die sich weigern, sich den Befehlen des nun gebildeten Stabes der Besatzungskräfte unterzuordnen.

Möglicherweise befinden wir uns an der Schwelle eines neuen Konflikts auf dem Territorium der Ukraine, aber nun zwischen den militärischen Einrichtungen der Ukraine und

## ungesetzlichen bewaffneten Formationen von Neonazisten.

de.sputniknews.com: Syrien-Angriff des Westens sollte OPCW-Ermittlungen stören – Lawrow

Der Angriff sei laut Lawrow gerade in dem Moment vollführt worden, als sich ein radikaler Umbruch im Kampf gegen die IS-Terroristen abgezeichnet habe und als die auf Entscheidung von Kongress der Völker Syriens in Sotschi berufene Verfassungskommission gerade dabei war, ihre Tätigkeit aufzunehmen.

„Just in diesem Moment wurde unter dem Vorwand eines Chemiewaffenangriffs eine Provokation unternommen, ohne abzuwarten, dass die OPCW-Experten vor Ort kommen“, sagte Lawrow. Die Luftschläge erfolgten ihm zufolge vor dem Hintergrund zahlreicher Aussagen, wonach der angebliche C-Waffen-Einsatz nur ein „inszeniertes Spektakel“ gewesen sei.

Es solle für alle unparteiischen Beobachter eindeutig sein, dass „auf diese Weise die Ermittlungen der OPCW-Experten und die positiven Entwicklungen vereitelt werden sollten, die nach der Initiative der Garanten des Astana-Prozesses – Russland, der Iran und die Türkei – in vielerlei Hinsicht gestärkt wurden“....

de.sputniknews.com: Beziehung Russland-Europarat: Größte Herausforderung der letzten 20 Jahre – Moskau

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Europarat erleben heute einen der schwierigsten Momente der letzten Jahre. Dies teilte am Montag der Vizeminister der Abteilung für alleuropäische Zusammenarbeit des russischen Außenministeriums, Ilja Subbotin, mit.

Seine Meinung äußerte Subbotin im Rahmen der Fortbildungskurse des Instituts für Europäische Studien und des Europarats „Die Realisation der völkerrechtlichen und im Grundgesetz verankerten Garantien der Menschenrechte im russischen Recht und in der Rechtsanwendungspraxis“

„Die Tatsache, dass der Saal heute so voll ist, weist meiner Meinung nach darauf hin, dass die beiden Seiten – Russland und der Europarat – Interesse an der Überwindung der Krisensituation haben, in der wir uns heute befinden“, erklärte Subbotin bei seinem Auftritt. Der Vizeminister ist der Ansicht, die Beziehungen zwischen Russland und dem Europarat erlebe in politischer Hinsicht wohl die schwierigste Periode in den 20 Jahren russischer Beteiligung an der Organisation.

„Dabei kann ich sagen, dass das Außenministerium und die Führung des Europarats, vertreten durch (Generalsekretär Thorbjørn) Jagland, ihr Bestes tun, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Ihr Mittelpunkt ist zurzeit die Parlamentarische Versammlung des Europarates“, fügte Subbotin hinzu.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32044/05/320440527.jpg>

de.sputniknews.com: Nach Groß-Demos: Armeniens Ministerpräsident Sargsjan tritt zurück  
Nach den Massenprotesten gegen die Wahl des Ex-Präsidenten Sersch Sargsjan zum Premierminister ist er nun zurückgetreten. Das teilte seine Pressestelle am Montag mit. „Ich rede sie das letzte Mal als Staatschef an. Nikol Paschinjan (der Oppositionsanführer – Anm. der Red.) hatte recht. Ich habe mich geirrt“, sagte Sargsjan. „In der aktuellen Situation gibt es einige Lösungen, ich werde aber keine davon wählen. Das ist nicht meins. Ich verlasse den Posten des Leiters unseres Landes“.  
Die Protestaktionen gegen die Wahl von Sargsjan zum Premierminister Armeniens hatten am 13. April begonnen. Die Opposition wirft dem Ex-Präsidenten vor, das Land nicht effektiv regiert zu haben, wodurch sich die Wirtschaftslage verschlechtert habe.  
Ungeachtet der Proteste war Sargsjan am Dienstag vom Parlament Armeniens zum Vorsitzenden der Regierung gewählt worden. Dies geschah, nachdem die Verfassungsänderung in Kraft getreten war, laut der das Land zur parlamentarischen Regierungsform übergeht, wobei der Premierminister fortan die dominierende Figur in der Machtvertikale sein wird.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32044/24/320442479.jpg>

de.sputniknews.com: Syrische Armee zerstört IS-Kommandoposten bei Damaskus  
Syrische Luftstreitkräfte und Artilleriewaffen zerstören Kommandoposten und Stellungen des IS\* am südlichen Stadtrand von Damaskus, heißt es aus Sicherheitskreisen.  
„Luftstreitkräfte und Artilleriewaffen führen weiterhin Präzisionsangriffe auf IS-Stellungen in Jarmuk, Hajar Al-Aswad und Qadam. Empfindliche Schläge gegen die Terroristen lassen die Bodentruppen vorrücken“, teilte eine mit der Angelegenheit vertraute Person mit.  
Die syrischen Regierungstruppen führen derzeit Angriffe auf die Verteidigungslinien des IS aus mehreren Richtungen gleichzeitig durch. Unter Beschuss stehen das Viertel Qadam und das palästinensische Flüchtlingslager Jarmuk. Die syrische Armee zerstört bei Angriffen aus Richtung Süden IS-Ziele in der Siedlung Al-Qadr Al-Aswad.  
Das Flüchtlingslager Jarmuk und die umliegenden Siedlungen sind die letzte Hofburg der Terroristen in Vororten von Damaskus. Nach Abschluss der Operation, die am Donnerstagabend angekündigt wurde, sollen die Vorstädte der syrischen Hauptstadt vollständig von den Terror- und Radikalgruppierungen befreit werden.

de.sputniknews.com: Online-Geschäfte Quelle und Otto verlassen den russischen Markt  
Die Online-Shops Quelle und Otto, die Kleidung, Schuhe und Haushaltswaren anbieten, stellen ihre Tätigkeit in Russland ein. Dies meldet die Zeitung „Kommersant“ unter Berufung auf Martin Schierer, den Geschäftsführer der Otto Group Russia.  
Der Beschluss sei „in Übereinstimmung mit der globalen Strategie der Otto Group“ getroffen worden. Das Unternehmen plane, sich auf die Entwicklung des Marktplatzes Otto.de für den deutschen Sprachraum zu fokussieren.  
Schieyer schließt zwar nicht die Möglichkeit aus, dass dieser Marktplatz später international werden könne. Heutzutage sei Russland jedoch nicht das einzige Land, wo Otto Group ihre Filialen schließt.  
Allerdings ziehe sich Otto Group nicht vollständig aus Russland zurück und setze die Entwicklung ihrer Marken Witt, Bonprix und eSolutions fort. Schierer ist überzeugt, dass Otto Group Russia der „Hauptspieler“ des russischen E-Commerce bleiben wird.  
Eine von „Kommersant“ durchgeführte Umfrage zeigt, dass Wirtschaftsexperten diesen Geschäftsschluss für „erwartet“ halten. Laut ihnen sei der Anteil von Quelle und Otto in der Absatzstruktur des Unternehmens 2017 auf 15 Prozent gesunken. Darüber hinaus wurden die

deutschen Versandhändler von den russischen Online-Geschäften Wildberries und Lamoda stark übertroffen.

Der deutsche Handels- und Dienstleistungskonzern Otto Group ist mit rund 100 Online-Shops einer der größten E-Commerce-Betriebe der Welt. Zu seinen Online-Geschäften zählen unter anderem Quelle, Otto, Bonprix, Witt und Heine.

Mil-Inr.info/lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Prischib, Kalinowo, Logwinowo und Slawjanoserbsk**. Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden mehr als 50 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Nach Informationen unserer Aufklärung wurde bekannt, dass eine Kolonne Waffen und Militärtechnik des Gegners mit 12 152mm-Haubitzen 2A65 „Msta-B“ und 20 Fahrzeugen sowie zwei Kommandostabsfahrzeugen in Richtung Nishnetjoploje im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade gefahren ist. An der Eisenbahnstation Bachmut ist vor einigen Tagen ein Zug eingetroffen, auf dem sich 20 T-64-Panzer befanden.

Die genannte Konzentration von Kräften durch das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hängt mit der Veränderung des Formats der Operation von der ‚antiterroristischen‘ zur Operation der Vereinigten Kräfte zusammen, die am 30. April erfolgt, und zeugt davon, dass die Kiewer Führung ausschließlich eine gewaltsame Variante der Lösung des Konflikts im Donbass in Erwägung zieht.

Nach Mitteilungen von Einwohnern des Territoriums der Lugansker Landes, das von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird, **bestehlen Kämpfer der Einheiten der Nationalgarde und des ‚Rechten Sektors‘ weiter die schutzlose friedliche Bevölkerung**.

Im Gebiet von Staraja Krasnjanka sind zwei Soldaten des Strafbataillons „Ajdar“ in das Haus eines 68jährigen Einwohners eingedrungen, haben den Mann mit der Waffe bedroht und haben all seine Ersparnisse in Höhe von 8000 Griwna mitgenommen. Die örtliche Polizei hat sich geweigert, dazu ein Strafverfahren aufzunehmen.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte fällt das moralisch-psychische Niveau weiter ab. Eine Bestätigung dafür sind weitere Fälle der Verletzung der militärischen Disziplin vor dem Hintergrund von Alkoholmissbrauch.

Am 21. April hat der Kommandeur einer der Einheiten der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte in betrunkenem Zustand einen Untergebenen geschlagen, im Ergebnis landete der Soldat mit Rippenbrüchen und einem geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma im Krankenhaus. Dieser Fall wird sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Sehr geehrte Kollegen, zum Abschluss möchte Ihnen die ukrainische Drohne vorstellen, die von Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz der LVR am 21. April über Lugansk abgeschossen wurde.

Ich bitte Sie, Ihre Aufmerksamkeit auf die Ladung zu richten, die diese Drohne trug. Es sind Propagandaflyerblätter erschreckenden Charakters sowie eine Sprengstoffladung mit Zündern. Diese Fakten bestätigen die Versuche der Durchführung von Terrorakten von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gegen Infrastrukturobjekte und die Zivilbevölkerung von Lugansk. Die gesammelten Materialien zu den Verstößen wurden an Ermittlungsorgane der LVR zur Aufnahme eines Strafverfahrens übergeben.



[http://img.lug-info.com/cache/d/3/\(1\)\\_DSC08299.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/d/3/(1)_DSC08299.JPG/w620h420wm.jpg)

ukrinform.ua: In den letzten 24 Stunden sei im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) kein ukrainischer Soldat getötet worden, gab heute auf einem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Dmytro Guzuljak, bekannt.

„Es ist erfreulich festzustellen, dass durch feindliche Beschießungen keiner der Soldaten verletzt wurde“, sagte Guzuljak.

Er betonte ferner, dass ukrainische Soldaten im Laufe des gestrigen Tages 20 Mal das Feuer mit nicht verbotenen Waffen eröffnen mussten.

de.sputniknews.com: Moskau verurteilt Macron für seine „Kolonialposition“

Russland hat die jüngsten Aufrufe des französischen Präsidenten Emmanuel Macron an die USA, ihre Truppen auch nach der kompletten Vernichtung der IS-Terroristen\* nicht aus Syrien abzuziehen, scharfer Kritik unterzogen.

„Wir sind besorgt über die Pläne der westlichen Kollegen bezüglich der Zukunft Syriens. (...) Das ist schon eine ziemlich koloniale Position“, sagte Lawrow während seines China-Besuchs. Moskau werde bei den Franzosen nachfragen, was die Worte des Präsidenten Macron bedeuten.

Zuvor hatte Macron erklärt, dass die USA auch nach dem Sieg über die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat\*) in Syrien bleiben sollen, um „einen neuen Staat zu bauen“ und den Einfluss des Iran dort einzuschränken.

\* Islamischer Staat, auch IS, eine in Russland verbotene Terrorvereinigung.

de.sputniknews.com: Nach westlichen Raketenangriffen: Putin und Macron erörtern Lage in Syrien

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron bei einem Telefongespräch die Situation in Syrien nach den Raketenangriffen der USA und ihren Verbündeten auf Syrien besprochen. Das teilte am Montag der Kreml-Pressedienst mit.

„Zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem französischen Präsidenten Emanuel Macron fand ein Telefongespräch statt. Dabei wurde die Situation in Syrien erörtert, die sich nach den Raketenangriffen der USA und deren Verbündeten ergab. Die russische

Seite betonte, dass diese Aktion, die einen groben Vorstoß gegen das Völkerrecht darstellt, den Prozesses der politischen Regelung der syrischen Krise zusätzlich erschwerte“, heißt es in einer Pressemitteilung des Kreml-Pressedienstes.

Die Staatschefs hätten sich außerdem dafür ausgesprochen, dass der Atom-Deal mit dem Iran weiter umgesetzt werde, betonte der Kreml.

[Ukrinform.ua: G7-Länder und Ukraine einigen sich auf gemeinsamen Kampf gegen russische Aggression.](#)

Die Länder der G7 haben sich darauf geeinigt, Bemühungen zu vereinen, um der Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression zu helfen, erklärte der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin nach der Teilnahme an der Sondertagung des Gipfels der Außenminister der G7-Länder.

„Als Hauptergebnis sehe ich, dass sie die Aggression gegen die Ukraine als Aggression gegen die gesamte zivilisierte Welt betrachten. Das wurde ganz klar von allen Teilnehmern gesagt... Wir haben auch vereinbart, gemeinsam zu arbeiten, um diese Aggression abzuwehren“, sagte Klimkin.

Er betonte, dass die Minister verstehen, dass Russland die Ukraine weiter destabilisiert, und unser Staat deshalb dringend Hilfe braucht.

Außerdem ging es Klimkin zufolge bei dem m Treffen auch um die Förderung von Reformen in der Ukraine durch sie G7. „Wir haben vereinbart über einige Formate nachzudenken, wie man die Rolle der G7-Länder steigern kann, über die Abwehr von Bedrohungen und über die weitere Förderung der Reformen. Es entstanden einige Ideen, über die ich noch nichts sagen kann, weil sie vor der Präsidentschaft behandelt werden, aber in ein paar Monaten soll es weitergehen“, sagte der ukrainische Diplomat.

[de.sputniknews.com: „IS-Inszenierung“: Flüchtlinge zu „Giftgasattacke“ in Duma – ZDF-Korrespondent](#)

Viele Flüchtlinge aus der syrischen Stadt Duma sind davon überzeugt, dass der angebliche Chemiewaffen-Angriff von Anfang April von der Terrormiliz „Islamischer Staat“\* inszeniert worden ist. Dies geht aus einer Reportage des ZDF-Korrespondenten Uli Gack für die heute-Nachrichtensendung hervor.

Gack besuchte nach eigenen Angaben ein großes, ungefähr fünf Kilometer von Damaskus entferntes Flüchtlingslager, in dem sich etwa 20.000 Menschen aus Ost-Ghuta und vor allem auch aus Duma aufhalten. Er habe dort mit Flüchtlingen gesprochen, und „die Menschen dort erzählen uns viele in einem Ton der Überzeugung, dass diese ganze Geschichte am 7. April inszeniert war von dem IS“, so Gack.

Der Ort des Geschehens in Duma sei eine Kommandostelle der Islamisten gewesen, wo sie Chlorbehälter aufgestellt hätten, zitierte der ZDF-Korrespondent Ortsbewohner. Die Extremisten hätten nur darauf gewartet, dass dieser für die syrische Luftwaffe hochinteressante Ort bombardiert worden wäre. Später seien die Chlorgasbehälter bei einem Bombardement auch explodiert.

Es habe schon mehrere solche Provokationen in Duma gegeben, hätten die Befragten auch „im Ton der Überzeugung“ behauptet. So seien bei einer sogenannten „Übung“ des IS Menschen dem Chlorgas ausgesetzt worden. Entsprechende Geschehnisse seien gefilmt und dann als das Beweismaterial ausgegeben worden, was am 7. April veröffentlicht worden sei. „Ob das alles stimmt — ich würde meine Hand nicht unbedingt für jeden Satz ins Feuer legen, aber irgendwie scheint da schon was dran zu sein“, kommentierte der ZDF-Korrespondent diese Äußerungen

[Dnr-online.ru: In Tores fand eine weitere Sprechstunde des mobilen Sozialbüros statt, diesmal](#)

bei den Komitees der Selbstverwaltung der Bevölkerung „Süd“, „West“, „Vereinigt“. Dies teilt der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit.

An der Sprechstunde waren Spezialisten der Abteilung für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung, des Rentenfonds, des Arbeitsamts, des territorialen Zentrums für soziale Dienstleistungen, des Sozialversicherungsfonds bei Arbeitsunfällen, der Abteilung für Familien und Kinder beteiligt.

Die Spezialisten behandelten alle angesprochenen Fragen der Bürger und gaben ausführliche Erläuterungen. Während der Sprechstunde erhielten 31 Einwohner Konsultationen, sechs Einwohner gaben ihre aktualisierten Daten für Renten- bzw. Versicherungszahlungen an. Spezialisten des Sozialversicherungsfonds bei Arbeitsunfällen und Berufserkrankungen erinnerten die Vorsitzenden der Selbstverwaltungskomitees daran, dass die Arbeit zur Erneuerung der Daten für von Arbeitsunfällen Betroffene (ihre Familien), wenn sie auf den Listen des Rentenfonds der DVR als Empfänger von Versicherungszahlungen stehen, weitergeht. Die Spezialisten der Abteilung für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung erläuterten die Regeln für die Beantragung materieller Unterstützung für Rentner, die eine Mindestrente erhalten (1898 Rubel ohne zusätzliche Zahlungen), für kinderreiche Familien und für Bürger in einer schweren Lebenssituation.

Die Arbeit der mobilen Sozialbüros erfolgt nach zuvor festgelegten Zeitplänen.

de.sputniknews.com: Appell an Europa: Frankreich wirbt für Milderung der Russland-Sanktionen

Frankreich will zusammen mit anderen europäischen Ländern die Trump-Regierung zur Milderung der Russland-Sanktionen bewegen, berichtet die Zeitung „The Financial Times“. Die Russland-Sanktionen könnten negative Auswirkungen sowohl auf die Automobil- als auch die Raumfahrtindustrie haben, schreibt die Zeitung. Insbesondere könnten die Sanktionen gegen den russischen Aluminiumkonzern Rusal zu einem Anstieg der Preise für Metallprodukte führen.

Die US-Beschränkungen für russische Unternehmen könnten auch die europäische Wirtschaft treffen, teilte eine mit der Angelegenheit vertraute Person mit.

„Eine schnelle Lösung ist notwendig“, sagte ein französischer Regierungssprecher und fügte hinzu, eine konstruktive Zusammenarbeit mit den USA in dieser Richtung laufe bereits.

Diese Woche kommen Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Kanzlerin Angela Merkel nach Washington, um die Probleme in den transatlantischen Beziehungen zu besprechen, unter anderem die US-Zölle auf Stahl und Aluminium.

Am 6. April hatte Washington Sanktionen gegen 17 hochrangige russische Beamte, sieben Unternehmer und ihre Firmen verhängt. Das russische Außenministerium empfahl den USA daraufhin, sich von Illusionen zu lösen, und kündigte eine harte Antwort an.

Ukrinform.ua: Ungarn blockiert wieder Sitzung der Nato-Ukraine-Kommission.

Die Sitzung der Nato-Ukraine-Kommission in Brüssel auf der Ebene der Außenminister findet in dieser Woche wegen des Vetos von Budapest nicht statt, wurde dem Ukrinform-Korrespondenten in Brüssel bestätigt.

Budapest blockiert schon zum dritten Mal die Abhaltung der Sitzung der Kommission Ukraine-Nato auf Ministerebene und erhebt somit Protest gegen den Sprachartikel des ukrainischen Bildungsgesetzes.

Am Donnerstag, dem 27. April, sollte in Brüssel die Sitzung des Nordatlantikrats auf Ebene der Außenminister der Alliierten stattfinden. Die ukrainische Seite plante, im Rahmen des Treffens die Sitzung der Nato-Ukraine-Kommission abzuhalten. Alle Nato-Staaten sowie das internationale Sekretariat der Allianz haben eine solche Initiative unterstützt, Ungarn hat dagegen sein Veto eingelegt.

de.sputniknews.com: Milliardenpläne für Aufrüstung der Bundeswehr entdeckt – Medien  
Die Bundeswehr plant in diesem Jahr 18 große Militäraufträge mit einem jeweiligen Bestellwert von über 25 Millionen Euro zu erteilen. Das schrieb am Sonntag das „Handelsblatt“, dem die Liste der Aufträge vorliegt.

Laut der Zeitung will das Verteidigungsministerium israelische HeronTP-Drohnen für neun Jahre und 1,024 Milliarden Euro auf Leasing-Basis beschaffen. Darauf hätten sich die Union und die SPD bereits im Koalitionsvertrag verständigt, berichtete „Handelsblatt“.

Darüber hinaus habe die Bundeswehr vor, sieben neue Rettungshubschrauber, sechs Hercules-Transportflugzeuge (Typ C130-J) und 18 Raketenwerfer MARS II zu bestellen. Die Liste enthalte zudem einige Verbesserungen für den Schützenpanzer Puma, einen Instandhaltungsvertrag für den Hubschrauber NH90, Radartechnologie für den Kampfjet Eurofighter und andere Militärtechnik sowie neue Uniformen.

Nach Angaben des „Handelsblatts“ gilt die Liste als „vorläufig“ und wird wesentlich von der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2018 abhängen.

de.sputniknews.com: Lawrow warnt vor weiteren Provokationen in Syrien

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow ist trotz scharfer Warnungen seitens Russlands eine Vorbereitung auf weitere Provokationen in Syrien notwendig.

„Zweifellos muss man sich darauf vorbereiten, dass die Provokationen wiederholt werden, obwohl wir unsere amerikanischen und europäischen Kollegen, die in dieses Abenteuer involviert waren, aufs Schärfste gewarnt haben. Wir machen uns Sorgen darüber, welche Pläne unsere westlichen Kollegen in Bezug auf Syriens Zukunft schmieden“, sagte Lawrow im Rahmen seines Besuches in China...

de.sputniknews.com: Prank-Journalisten: OPCW-Chef dementiert Behinderung von Mission durch Russland

Die russischen Prank-Journalisten Wowan und Lexus, die durch ihre Anrufe bei Promis und Staatschefs bekannt wurden, haben eigenen Angaben zufolge mit dem Chef der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) Ahmed Üzümcü telefoniert.

Er soll gesagt haben, dass Russland den OPCW-Experten in der syrischen Ortschaft Duma nicht im Wege stehe und auch keine Reinigungsversuche am angeblichem Tatort unternehme.

„Wir haben solche Spekulationen von einigen Ländern gehört und wir können dies nicht bestätigen“, soll der OPCW-Chef in dem Telefongespräch gesagt haben, das auf dem Youtube-Kanal von Wowan und Lexus zugänglich ist.

„Es scheint, dass sie (die Russen – Anm. der Red.) uns helfen wollen, uns einzurichten und die Sicherheit zu gewährleisten. Sie haben uns darüber auch offiziell informiert“, habe Üzümcü gesagt. „Wir hoffen, dass wir unter den aktuellen Bedingungen unsere Arbeit erledigen und die Mission abschließen werden“.

Der Westen wirft Damaskus den Einsatz von Chemiewaffen in der Ortschaft Duma in Ost-Ghuta am 7. April vor. Am 14. April hatten die USA, Großbritannien und Frankreich als Vergeltung für die vermeintliche Giftgasattacke in der Stadt Duma mehr als 100 Marschflugkörper und Luft-Boden-Raketen gegen Objekte in Syrien gefeuert. Die meisten davon wurden von der syrischen Luftabwehr abgefangen. Russlands Präsident Putin kritisierte die Luftschläge als Aggressionsakt gegen einen souveränen Staat.

**Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Nachmittag:**

Es wurde Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

14:15 Uhr – aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja**: es wurden 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;

14:25 Uhr – aus Richtung Peski auf **Donezk (Volvo-Zentrum)**: mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen.

15:10-15:40 Uhr – aus Richtung Werchnetorezkoje auf **Michajlowka**: es wurden 7 Granaten mit Antipanzergranatwerfern und 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, 150 Schüsse mit Schützenpanzerwagen abgegeben und außerdem großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt;

15:10 Uhr – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurde eine Antipanzerlenkrakete abgeschossen.

17:40 Uhr – aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje**: es wurden 40 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert;

17:40 Uhr – aus Richtung Awdejewka (Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks) auf **Spartak**: es wurden 4 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt.

Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiter aus Richtung Wodjanoje **Leninskoje**. Bis jetzt wurden weitere 3 Artilleriegranaten des Kalibers 152mm sowie 3 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

de.sputniknews.com: Auswärtiges Amt erklärt: „Es geht um Fakten“ im Fall Skripal – und ignoriert sie.

Es gibt immer noch keine Beweise dafür, dass Russland den Ex-Agenten Sergej Skripal und dessen Tochter vergiftet hat. Doch genau das behauptet das Auswärtige Amt in Berlin weiter und wirft russischen Medien „gezielte Falschmeldungen“ vor. Sputnik hat versucht, auf der Regierungspressekonferenz am Montag nachzufragen.

Das Auswärtige Amt engagiert sich im Fall Skripal gegen den aus seiner Sicht unbegründeten und „um sich greifenden Nihilismus in den Sozialen Medien“. Und es will zeigen, „dass es ganz klar um Fakten geht“, erklärte Amts-Sprecher Rainer Breul am Montag in Berlin auf der Regierungspressekonferenz. Für Fakten interessierte er sich aber kaum, als Sputnik zuvor auf solche hinwies.

Breul wurde gefragt, auf welcher Grundlage das Außenamt „staatlich kontrollierten russischen Auslandsmedien“ vorwirft, im Fall Skripal „falsche Gerüchte“ und „gezielte Falschmeldungen“ zu verbreiten. Das hatte das Ministerium auf seiner Homepage am Freitag erklärt.

Dabei wurde behauptet, für das mutmaßliche Attentat auf den russischen Ex-Agenten Sergej Skripal und dessen Tochter am 4. März in Großbritannien „wurde das Nervengift ‚Nowitschok‘ eingesetzt – ein Kampfstoff, der in Russland entwickelt und produziert wurde.“ Sputnik wollte wissen, auf Grundlage welcher Fakten das Auswärtige Amt das erklärt. Das war verbunden mit dem Hinweis auf Informationen, die der Erklärung des Auswärtigen Amtes widersprechen.

#### *Widersprechende Fakten*

So hatte die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in ihrer öffentlichen Erklärung vom 12. April ebenso wie das offizielle britische Labor in Porton Down keine Angaben zur Herkunft des Giftes aus der Stoff-Gruppe „Nowitschok“ gemacht, das sie ihren Angaben nach in Skripal-Proben gefunden haben. Russland wird dabei nicht erwähnt. London selbst hat in seinen Erklärungen zum Skripal-Fall ausdrücklich immer nur von einem Kampfstoff „eines Typs, wie er von Russland entwickelt wurde“ gesprochen. Diese Formel ist

ebenso in der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Großbritanniens, der USA, Frankreichs und Deutschlands zu dem Vorfall zu finden.

Ebenso ist nach allen vorliegenden Informationen bekannt, dass die „Nowitschok“-Nervengifte nicht von Russland, sondern in den 1980er Jahren in der territorial größeren Sowjetunion entwickelt wurden. Die Produktionsanlage befand sich im heute usbekischen Nukus und wurde von den USA ohne internationale Kontrolle in der Jahrtausendwende abgebaut. Darauf hat unter anderem der ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray, aufmerksam gemacht. Auch in der Ukraine sei mit den Stoffen gearbeitet worden, hatte der deutsche Chemiewaffen-Experte Walter Katzung gegenüber Sputnik erklärt.

#### *Angebliche Unterstellung*

Doch bis dahin und zum Verweis auf die Tatsache, dass Experten zufolge entsprechende Labore „Nowitschok“-Stoffe herstellen können, wie es 2016 selbst für die OPCW erfolgte, kam es nicht. Moderatorin Ute Welty unterbrach die Hinweise, die angeblich nicht zur Frage gehörten. Sputnik wollte danach noch wissen, warum das Auswärtige Amt von „gezielten Falschmeldungen“ schreibt, obwohl nur Äußerungen des russischen Außenministers Sergej Lawrow über OPCW-Angaben zum Nato-Kampfstoff „BZ“ in Skripal-Proben gemeldet wurden. Gleiches betrifft die Erklärungen der Organisation über das „BZ“ in den Proben. Sputnik wollte wissen, warum das Auswärtige Amt sich nicht an das russische Außenministerium wendet, wenn es meint, dieses habe OPCW-Verfahren falsch verstanden. Doch Sprecher Breul sah das nicht als Fragen an, sondern als Versuch, „noch mal Ihren Standpunkt zu unterstreichen“. Die Frage nach den Fakten, auf die sich sein Ministerium stütze, bezeichnete er als „Unterstellung“, die er zurückweise. Er wiederholte die „gut nachvollziehbare“ Position des Auswärtigen Amtes und der Bundesregierung – obwohl er sich fragte, „ob das für andere auch von Interesse ist“.

#### *„Russische Nebelkerzen“*

Regierung und Ministerium würden sich auf den OPCW-Bericht und die britischen Laborergebnissen stützen, sagte der Sprecher. Diese seien „teilweise öffentlich, teilweise nichtöffentlich“. Der Text auf der Ministeriums-Homepage sei eine Reaktion auf „Aussagen der russischen Seite, die hier von russischen Staatsmedien in Deutschland ganz maßgeblich verbreitet wurden“. Die Meldung, dass das OPCW-Labor im schweizerischen Spiez den Kampfstoff „BZ“ in den Skripal-Proben nachgewiesen hat, sei „völlig haltlos“, meinte Breul dazu. Dabei hatte das Labor laut der Organisation das tatsächlich nachgewiesen. Bloß die Frage, wie „BZ“ in die Proben von Salisbury kam, wurde mit OPCW-Verfahren und damit anders als in Moskau erklärt.

Der Ministeriumssprecher warf der russischen Regierung vor, damit „Nebelkerzen“ zünden zu wollen. Es gehe nicht um einzelne Meldungen, sondern um das „Verhalten bestimmter Medien“. Diese hätten auch auf den Social Media-Plattformen dem Auswärtigen Amt unterstellt, die Bundesregierung könne beispielsweise ihre Erklärungen nicht mit Fakten belegen. Deshalb habe die Regierung im konkreten Fall darauf hingewiesen, was die OPCW zum Skripal-Fall und den Proben erklärt habe – „und dass es hier ganz klar auch um Fakten geht“.

#### *Unveränderte Position*

Wie es damit aussieht, zeigte sich im weiteren Verlauf der Pressekonferenz. Der Journalist Hans Jessen wollte wissen, was die Bundesregierung zu dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zum westlichen Angriff auf Syrien am 14. April meint. In dem Material vom 18. April wurden die Luftangriffe als völkerrechtswidrig eingeschätzt und als „unverhohlene Rückkehr zu einer Form der – völkerrechtlich überwunden geglaubten – bewaffneten Repressalie im ‚humanitären Gewand‘“ bezeichnet. Die Bundesregierung habe das Gutachten „zur Kenntnis genommen“, erklärte dazu die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer. Doch eine deshalb geänderte Position, wie sie Jessen erfragte, stelle sie nicht dar. Stattdessen wiederholte sie die bisherigen

Vorwürfe Berlins an Damaskus und Moskau, für den angeblichen Chemiewaffeneinsatz verantwortlich zu sein. Zudem habe Russland eine unabhängige Untersuchung von solchen Vorfällen in Syrien im UN-Sicherheitsrat blockiert, behauptete Demmer wieder.

#### *Unbeantwortete Frage*

Ebenso erneuerte sie die verbale Unterstützung der Bundesregierung für den westlichen Angriff als „erforderlich und angemessen“. „Unsere Verbündeten“ hätten damit „Verantwortung übernommen“, angebliche weitere Verstöße der syrischen Regierung gegen die Chemiewaffen-Konvention zu verhindern.

Auch der Hinweis von Sputnik auf die Berichte verschiedener Journalisten aus dem syrischen Duma, die keine Spuren des angeblichen Chemiewaffenangriffs finden, brachte die stellvertretende Regierungssprecherin nicht von ihrer Linie ab. Ebenso blieb erneut die Frage unbeantwortet, warum die Bundesregierung ihre angeblichen Erkenntnisse nicht öffentlich macht, damit sie nachvollzogen werden können

#### Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK:

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben ukrainischen Truppen heute um 15:10 Uhr Dokutschajewsk aus Richtung Nowotroizkoje beschossen, es wurde ein Schuss mit einer lenkbaren Antipanzerrakete abgegeben. Die Rakete traf auf die hintere Ladefläche eines KAMAS-Lastwagens mit Getreide, der von der Gribnaja-Straße in Richtung Dokutschajewsk fuhr.

Durch den Treffer wurde die Ladefläche beschädigt. Durch glücklichen Zufall wurde der Fahrer des Lastwagens nicht verletzt. Das Fahrzeug befindet sich jetzt auf dem Gelände der Firma „Arganat“ in der Krepkij-Straße 38, dieser Firma gehört es.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, die Folgen des Beschusses eines Fahrzeugs, das Getreide befördert, durch die ukrainischen Truppen festzuhalten.

#### **Abends:**

de.sputniknews.com: G7 gründet Spezialgruppe zur Untersuchung von Russlands „böartigem Benehmen“.

Laut dem britischen Außenminister Boris Johnson haben sich die G7-Staaten darauf geeinigt, eine „Spezialgruppe“ zu gründen, um Russlands angeblich „böartiges Benehmen“ zu untersuchen.

„Wir haben beschlossen, eine G7-Gruppe zur Untersuchung von Russlands ... böartigem Benehmen zu gründen“, erklärte Johnson.

In Toronto findet vom 21. bis 23. April ein Außenministertreffen der G7-Länder statt. G7 (Gruppe der Sieben) ist ein informeller Zusammenschluss der wichtigsten Industrieländer. Der G7 gehören die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada an.

Dnr-online.ru: Im Rahmen eines Kennenlernbesuchs in der DVR hat sich der Abgeordnete der Nationalversammlung der Republik Mali, der Vorsitzende der Partei „Solidarität für ein unabhängiges und demokratisches Afrika“ (SADI) Oumar Mariko mit dem Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin getroffen.

„Ich bin glücklich hier zu sein. Ich habe immer davon geträumt die UdSSR zu besuchen, selbst als es sie nicht mehr gab. Mali hat großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, deshalb möchte ich Kontakte im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens organisieren. Das sowjetische Volk hat viele Anstrengungen unternommen, um bei der Entwicklung von Gesundheitswesen, Bildung und Militär in Mali

zu unterstützen. Dies hat eine sehr große Bedeutung für die Stärkung der Staatlichkeit und der Verbindungen zwischen den Ländern“, sagte Oumar Mariko.

Die Teilnehmer des Treffens informierten einander über die innenpolitische Situation in ihren Ländern. Nach den Worten Oumar Marikos wurde seinerzeit auf dem Territorium Malis der unabhängige Staat Aswad ausgerufen, was allerdings nichts mit den Ereignissen im Donbass gemeinsam hat. In dem afrikanischen Land dominieren die westlichen Massenmedien, deshalb gibt es keine zuverlässigen Informationen über die DVR.

Der Gesprächspartner unterstrichen, dass es neben großen Unterschieden auch wesentliche Ähnlichkeiten gibt – seit einigen Jahren ist auf den Territorien ein militärischer Konflikt und in diesem Jahr sind Wahlen zum Staatsoberhaupt angesetzt. Denis Puschilin unterstrich, dass die Einwohner der Republik trotz der Kämpfe nach Hause zurückkehren.

„Das Leben zeugt davon, dass die Menschen, die arbeitsliebende Bevölkerung, wichtige Faktoren sind. Während des Konflikts hat sich die Situation nicht stark verändert. Diejenigen, die das Land verlassen haben, sind zurückgekehrt, als die aktiven Kämpfe endeten“, sagte er. Zum Abschluss des Treffens äußerte Denis Puschilin die Hoffnung, dass die bevorstehenden Wahlen in Mali in friedlicher Atmosphäre erfolgen und Oumar Mariko wünschte er den Sieg.



[https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2018/04/IMG\\_9983-1024x683.jpg](https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2018/04/IMG_9983-1024x683.jpg)